

Die jetzt vorgesehene außerordentliche Rentenerhöhung beschädigt die Solidarachse in unserem Land. Sie missachtet die Lebensleistung der heute aktiven Generation.

Die zweite Generation Aufbau

Von Gerd Held

Am heutigen Dienstag will das Bundeskabinett eine außerordentliche Erhöhung der Renten beschließen. Statt einer Erhöhung um 0,46 Prozent, wie sie nach der geltenden Rentenformel erfolgen müsste, soll eine Erhöhung um 1,1 Prozent erfolgen. Und nicht um eine einmalige Ausnahmezahlung handelt es sich, sondern um eine Erhöhung, die auch in die Rentenzahlungen aller folgenden Jahre eingeht. Die Kosten summieren sich auf 12,5 Mrd. Euro. Was heute im Kabinett geschieht, ist also keine Feinjustierung von Zahlungen, keine kleinere Anpassung an günstigere Umstände und kein Zeichen sozialgerechter Flexibilität. Auch die Bezeichnung „Wahlgeschenk“ greift zu kurz. Die Maßnahme ist ein Eingriff in die Einkommensverteilung zwischen den großen gesellschaftlichen Gruppen. Was die Rentnergeneration gewinnt, muss die erwerbstätige Generation bezahlen. Hier wird der Generationenvertrag berührt, der gerade erst mühsam in einer Rentenformel fixiert wurde, die zukunftsfest sein sollte. Dieser „kleine Gesellschaftsvertrag“ wird nun revidiert, als wäre er bloß das Zwischenreümee aus einer Talkshow.

Diese Kabinettsitzung könnte einen politischen Kipp-Punkt markieren. Da ist das Umkippen einer großen Koalition, die angetreten war, um unser Land in Ordnung zu bringen. Jetzt könnte sich zeigen, dass die Staatsidee dieser Koalition doch nur die Geldzuwendung ist. Aus Ordnungspolitik wird Ausschüttspolitik. Solches Tun wird nun unter dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ diskutiert, während die vorher versprochene Sanierungsarbeit so eine moralische Qualifikation nie erfuhr. In der Rentenfrage bekommt dies Umkippen der

Großen Koalition ihre eigentliche Brisanz. Nicht, weil es um besonders große Beträge geht, sondern weil in ein Grundverhältnis unseres Landes eingegriffen wird: in das Verhältnis zwischen aktiver Generation und Ruhestands-Generation. Hier geht es um das Verhältnis zwischen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Einkommen, das unabhängig von Erwerbstätigkeit erzielt wird. Und es geht um den gegenseitigen Respekt vor Lebensleistungen. Das Kippen der Rentenformel berührt die soziale Anerkennung in unserem Land.

Lassen wir einmal die Generation der Kinder und jungen Leute beiseite, die noch keine Erträge erarbeiten müssen und deren Rentenbezug noch in einer ganz fernen Zukunft liegt. Sie neigt in dieser Sache zu großer Naivität. Also sind es zwei erwachsene Generationen, die ihr Verhältnis ins Reine bringen müssen. Zwei sehr verschiedene Generationenerfahrungen stoßen zusammen. Beide sind Aufbaugenerationen in Deutschland, aber nur die eine Generation, die den Hauptteil unserer Rentenbezieher ausmacht, gilt offiziell als „die“ Aufbaugeneration. Ohne Zweifel ist es eine große Leistung, dass sie nach dem Krieg unser Land mit Entbehrung und Fleiß auf die Beine gestellt hat. Dazu gehört auch die Entscheidungskraft und Bescheidenheit, mit der eine Generation von Unternehmern und Politikern es schaffte, Anschluss an die westliche Moderne zu finden.

Doch das Wort von „der“ Aufbaugeneration ist schief. Die Altersgruppe unserer Rentnerinnen und Rentner ist keine Ausnahmegeneration. Auch die Altersgruppe, die heute mitten im Erwerbsleben

steht, hat eine Aufbauleistung erbracht. Wer zum Beispiel im Laufe der 70er Jahre in einem Betrieb die Arbeit aufnahm und damit die heutige Situation dieses Betriebs vergleicht, wird einen tiefen Wandel feststellen. Anfangs gab es noch Sonderprämien, viele kleine Pausen und manche spontane Feier in der Spätschicht. Auch die Geschäftsführung war zu großen Teilen noch ein Heimspiel mit viel Routine. Wie anders sieht es heute aus. Die Arbeit ist dichter geworden, alles ist knapper kalkuliert. Um Aufträge am Markt und um die Finanzierung von Investitionen muss ungleich mehr gerungen werden. Aber unser Betrieb hat sich doch behauptet. Wichtig ist, dass die Veränderung nicht nur erlitten, sondern aktiv von einer neuen Belegschaftsgeneration geschafft. Wenn also unser Land heute im internationalen Vergleich recht gut dasteht, so ist das einem eigenen Aufbau zu verdanken, der mit den 80er Jahren begonnen hat und bis heute fortgesetzt wird. Allein mit dem ersten Aufbau nach dem Kriege wäre es nicht geschafft worden. Ein zweiter Aufbau Deutschlands war notwendig und ist erfolgt. Von ihm leben wir heute und von diesem zweiten Leistungsschub werden Tag für Tag die Renten bezahlt.

Aber diejenigen, die diese Leistung erbracht haben und erbringen, gelten nicht viel im Lande. Für die Leistung der Nachkriegsgeneration wird gerne Beifall gespendet; man befasst sich auch gerne mit „68“, als wäre ausgerechnet dort die heutige Stärke entstanden. Für die wirkliche zweite Aufbauleistung, die in der Krise am Ende der 70er Jahre begann, rührt sich jedoch keine Hand. Mehr noch: Es gibt gar keine eigenen Worte und Bilder, die diese jüngste Epoche unserer Republik fassbar und sichtbar machen könnten. Die Generation, die seit dieser Zeit das Land neu zum Laufen gebracht hat, hat sich in der öffentlichen Diskussion keine Bezeichnung verdient. Ein Beobachter könnte den Eindruck gewinnen, sie hätte alles nach dem Wiederaufbau fertig übernommen und bloß verwaltet. Sie hätte einfach nur ein bisschen an der Maschine gestanden, am

Schreibtisch gesessen oder gleich auf den Urlaub geschickt. So verschwindet ein großer Wandel in der Anonymität. Eine Generation wird ideell enteignet – um dann auch ganz schnöde zur Kasse gebeten zu werden.

Gewiss, dieser zweite Aufbau unserer Republik ist weniger spektakulär. Er hat sich über eine längere Zeit hingezogen. Auch gibt es Bereiche, in denen er bis heute noch nicht angekommen ist. Aber das Deutschland unserer Tage unterscheidet sich ganz wesentlich von dem Land gegen Ende der 70er Jahre, das sichtlich mit den Ressourcen des ersten Aufbaus am Ende war. Wären wir dort stehen geblieben, hätte eine Wiedervereinigung gar nicht auf die Tagesordnung kommen können. Heute würde niemand Deutschland so interessant finden, wie dies jetzt international spürbar ist.

So gibt es zwischen den beiden Aufbaugenerationen eine Schiefelage. Es ist eine nicht so auffällige aber gefährliche soziale Schiefelage in unserer Republik, weil sie langsam aber sicher lähmend wirkt. Es sind die Probleme der Rentenversicherung und ihre Lösungen, in denen die Schiefelage sichtbar und zählbar wird. Vor einigen Monaten wurde die Studie „Altersvorsorge in Deutschland“ vorgelegt, in der die Renten der Geburtenjahrgänge 1942-1996 prognostiziert wurden. Man rechnet mit einem Absinken des Rentenniveaus von derzeit 63 auf 43 Prozent des Nettoeinkommens in den nächsten 30 Jahren - für alle Einkommensniveaus, nicht nur für eine Unterschicht - das Wort von der „Alterarmut“ verengt den Blick. Schon jetzt ist es eine Realität, dass in vielen Familien Opa und Oma mehr verdienen als Vater und Mutter. Das hätte eigentlich dazu führen müssen, dass die Politik über Möglichkeiten einer „Rentenreform nach unten“ nachdenkt, so wie sie Ende der 50er Jahre eine Rentenreform „nach oben“ durchführte, um die Renten – zu Recht - an die gestiegenen Erwerbseinkommen anzupassen. Es wären Einschränkungen bei den heute gezahlten Renten notwendig, wenn

die zweite Aufbaugeneration in Deutschland nicht um die Früchte ihrer Lebensleistung gebracht werden sollen. Das sehen auch viele der heutigen Rentnerinnen und Rentner so.

Nun geschieht das glatte Gegenteil. Die Schieflage wird noch gesteigert. Die Reform der Rentenformel, die eine gewisse Kostendämpfung für die Beitragszahler in Aussicht stellte, soll wieder ausgesetzt werden. Damit fällt die Große Koalition all denen in den Rücken, die als Erwerbstätige schon die Hauptlast der Anpassungen tragen mussten. Ihnen jetzt noch zusätzliche Beiträge für höhere Rentenzahlungen zuzumuten, die sie selber nie mehr gezahlt bekommen – das ist eine so erstaunliche Fehlleistung, dass schlagartig deutlich wird, wie sehr die soziale Schieflage von der Politik Besitz ergriffen hat.

Wenn also heute eine außerordentliche Kabinettsitzung zur Rente stattfindet, sollten SPD und CDU/CSU einen Moment innehalten. Sie könnten, wenn das Versprechen der Rentenzulage nicht mehr einfach aus der Welt zu schaffen ist, eine außerordentliche Einmalzahlung beschließen. Dann wäre zumindest die Stabilität der Rentenformel gewahrt. Im Grundsätzlichen aber sollten beide Volksparteien sich klarmachen, dass ihre Gestaltungskraft ganz wesentlich von der heute aktiven, der zweiten Aufbaugeneration abhängt. Wenden sie sich von dieser Generation ab, wird es vielleicht keinen lauten Protest geben, wohl aber einen stillen Rückzug aus der Leistung. Dann erst wird man merken, wie unersetzlich der Beitrag dieser Generation war und noch ist.

(Manuskript vom 7.4.2008, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ am 8.4.2008)